

Botschaften

Die Wählerlandschaften verändern sich kreuz und quer

Der 12. Juni war ein Wahltag, wie es ihn in der europäischen Demokratiegeschichte noch nie gegeben hat. In den zwölf Mitgliedstaaten der Europäischen Union wurden die Mitglieder des Europäischen Parlaments gewählt. Die Österreicher stimmten über den Beitritt ihres Landes zur Europäischen Union ab. Die Schweizer hatten in einem Volksentscheid u. a. über die Zulässigkeit der Entsendung von Schweizer „Blauhelmen“ im Rahmen von UN-Einsätzen zu entscheiden und sprachen sich prompt mit rund 57,2 Prozent dagegen aus.

In sieben der 16 deutschen Bundesländer gab es zugleich Gemeinde- und Kreistagswahlen (mit Direktwahl des Bürgermeisters in einigen Städten). In Italien fanden am gleichen Tag ebenfalls Teilkommunalwahlen statt. Etwa elf Millionen Italiener waren dazu aufgerufen. Auf Sardinien und in Andalusien wurden neue Regionalräte gewählt, in Italien in mehreren Provinzen auch neue Provinzräte.

Der höchsten Beteiligung (mit gut 80 Prozent) beflößigten sich die Österreicher bei der Abstimmung über den EU-Beitritt. Die geringste Lust am Wählen zeigten mit nur 36 Prozent Wahlbeteiligung die Portugiesen bei den Europawahlen (diese fielen dort allerdings mitten in ein mit Festivitäten besetztes verlängertes freies Wochenende).

Die Italiener beteiligten sich an den Europawahlen immerhin noch mit rund 78 Prozent, dennoch wurde auch dort über „die Flucht vor den Urnen“ geklagt, während in Deutschland deutliche Unterschiede in der Höhe der Wahlbeteiligung zwischen Bundesländern mit gleichzeitiger Kommunalwahl und Bundesländern ohne Kommunalwahl festzustellen waren und die Höhe

der Wahlbeteiligung mit 60,1 Prozent dennoch deutlich hinter der Beteiligung an den Europawahlen von 1989 (62,3 Prozent) zurückblieb. Gerade in Deutschland wurde durch die Zusammenlegung von Kommunal- und Europawahlen die Beteiligung an den letzteren künstlich hochgedrückt.

Aus der sehr mäßigen Wahlbeteiligung auf Europaverdrossenheit zu schließen wäre dennoch so falsch wie trotz des Enthaltungstrends auf ungebrochene Zustimmung zum Prozeß der europäischen Integration oder gar zum Europa von Maastricht. Den Europawahlen fehlt die „Gegenständlichkeit“: wofür zu wählen ist, wird nur sehr bedingt greifbar. Das Europaparlament ist kein Gesetzgebungsparlament, und es bestellt bzw. bestätigt keine Regierung. Die Entscheidungen fallen in Brüssel, nicht in Straßburg.

Dem Europaparlament fehlt auch ein eigenständiger parteipolitischer Unterbau: Es gibt bis dato *keine europäischen Parteien*, nicht einmal im strengen Sinn Parteienbünde – trotz des Namens EVP zum Beispiel –, die europaweit agieren. Zum vierten Mal (seit 1979) fand nun schon eine Europawahl statt, aber überall wurde sie fast ausschließlich als Kräfterennen der jeweiligen nationalen Parteien gewertet und wurden die Ergebnisse auf die jeweils nächsten Wahltermine in den einzelnen Mitgliedsländern der EU hochgerechnet.

Diesmal entstand allerdings der Eindruck, als reiche es selbst dazu nicht oder erst post festum. Ein Gefühl des Unwirklichen war kaum zu verdrängen. Der Europawahlkampf fand – in Deutschland jedenfalls – fast nur über Fernsehspots und gelegentliche Großauftritte von Spitzenpolitikern statt; wo Gemeinderäte gewählt wurden, war der Europawahlkampf fast ganz vom Kommunalwahlkampf verdeckt. So nimmt es nicht wunder, daß im französischen „Figaro“ tags darauf zu lesen war, nach den Maastricht-Abstimmungen sei Europa „wieder eingeschlafen“, und die Turiner „Stampa“, beeindruckt von der Europafreundlichkeit der Österreicher, die mit 66,3

Prozent für den EU-Beitritt votierten, feststellte: „Die beste Nachricht für Europa kam an diesem Tag aus Österreich.“

In der Tat geht mit dem Beitritt Österreichs eine langwierige nachkriegs- und blockbedingte Anomalie zu Ende. Das europäische Herzstück Österreich gehört wieder zum Kern Europas und kann zu einem hilfreichen Makler bei der EU-Erweiterung nach Osten bzw. bei den Beitrittsverhandlungen osteuropäischer Reformländer zur Europäischen Union werden.

Wesentlich aussagekräftigere Botschaften hielt der 12. Juni allerdings für die Parteienlandschaften, -systeme, -konstellationen in verschiedenen EU-Mitgliedstaaten bereit. Die englischen Tories brachen so tief ein wie die französischen Sozialisten, aber Labour profitierte sehr viel mehr von der Schwäche *John Majors* als die konservativ-bürgerlichen Parteien Frankreichs vom Debakel der Sozialisten. Das französische Parteiensystem diversifizierte sich weiter. Spanien wiederum nähert sich unbeschadet der katalanischen und baskischen Autonomisten einem Dreiparteiensystem aus konservativer Volkspartei, Sozialisten und kommunistischem Linksbündnis.

In Italien gelang der Berlusconi-Bewegung „Forza Italia“ mit gut 30 Prozent erwartungsgemäß der Durchmarsch. (Er fiel bei den Regionalwahlen auf Sardinien und bei den Provinzial- und Kommunalwahlen etwas weniger deutlich aus.) Berlusconis „Forza Italia“ genießt politisch noch unberührt den „Stand der Gnade“; sie hat ihre Bewährungsfrist noch vor sich. Aber schon zeichnet sich ab, daß Berlusconi, von Minderheiten abgesehen, die ehemalige DC fast völlig beerbt und zugleich die nationalistische Rechte stärkt, auch wenn die Neofaschisten mit 12,5 Prozent nicht mehr zugenommen haben.

In *Deutschland* kam mit der Konjunkturwende der nicht spektakuläre, aber doch deutliche Wiederanstieg der Christdemokraten. Aussagekräftiger als die Europawahlergebnisse sind dafür die Resultate der Kommunal-

wahlen in den Bundesländern – vor allem in den östlichen. Die noch vor kurzem erwartete Katastrophe für die CDU blieb trotz kräftiger Zuwächse für die SPD und die PDS dort aus. In den Herbstwahlkampf kommt damit neue Spannung.

Für die keineswegs erstaunlichen hohen Anteile von Wählern der PDS im Osten (40 Prozent in Ostberlin), die im Westen keinen Fuß in die Tür bekommt, gibt es zwei naheliegende Erklärungen: Die Deutschen im Westen verstehen sich immer noch nicht auf den Umgang mit den Deutschen im Osten; das übermäßige Erstarken der PDS ist *ein* Preis dafür. Und die weitere Erklärung: Die Postkommunisten halten sich europaweit hartnäckig (in Italien – auch als Altkommunisten, in Spanien, in Frankreich, in Griechenland) und kommen im Osten (Polen, Ungarn) wieder zurück. Also doch noch eine europäische Botschaft, über die „österreichische“ hinaus? Offensichtlich. Und eine zweite kommt hinzu: Trotz kräftiger, geradezu umbruchartiger Gegenbewegungen (in Italien, in Spanien) wird das Parteienspektrum in Westeuropa breiter.

Wenn die Bundestagswahl im Oktober vorbei ist, werden wir auch in der Bundesrepublik wieder Diskussionen haben über die Weiterentwicklung des Parteiensystems und die Erosion der Volksparteien. Bei der Europawahl erreichten SPD und CDU zusammen in Berlin gerade noch 58,5 Prozent. Unter Willy Brandt als Regierendem Bürgermeister lag die SPD auch für sich allein bei 60 Prozent. Trotz einer unvermutet im Keller gelandeten SPD wachsen auch für die CDU die Bäume nicht in den Himmel. Und an die beiden großen Volksparteien schleichen sich zielbewußt die Grünen als eine *Volkspartei neuen Typs* wenigstens für die Generation der jetzt 20- bis 45jährigen heran. Sie werden auch den Unionsparteien noch zu schaffen machen. Und selbst die Republikaner, obwohl in jeder Beziehung ein maroder Haufen, sind noch nicht so tot, wie sie in letzter Zeit manchem schon wieder erscheinen.

se

Vorblick

Der Papst, die Kardinäle und das Jubiläumsjahr 2000

Kirche und Welt im Horizont des Jahres 2000 zu sehen, diese Perspektive durchzieht das Pontifikat Johannes Pauls II. von Anfang an wie ein roter Faden. Es handelt sich dabei um ein Herzensanliegen des gegenwärtigen Papstes, der mit einem ausgeprägten Sinn für die Symbolkraft herausragender geschichtlicher Daten ausgestattet ist. Schon in seiner Antrittszyklika „Redemptor hominis“ von 1979 schrieb Johannes Paul II., für die Kirche und das Volk Gottes werde das Jahr 2000 ein wichtiges Jubiläum darstellen: „Wir nähern uns dem Datum, das uns... die Kernwahrheit unseres Glaubens in Erinnerung ruft und in besonderer Weise wieder bewußt macht.“

Inzwischen ist die Jahrtausendwende nähergerückt. Es war deshalb nicht verwunderlich, daß auf der Tagesordnung der *Kardinalsvollversammlung* am 13. und 14. Juni als wichtigster Punkt die Gestaltung bzw. Vorbereitung des „Heiligen Jahres“ 2000 stand. Die Kardinalsversammlungen dieses Typs wurden vom jetzigen Papst eingeführt und sind inzwischen zu einer in unregelmäßigen Abständen stattfindenden festen Einrichtung geworden. Insgesamt war die Versammlung im Juni (sie war ursprünglich auf die Tage im Mai unmittelbar nach der Afrikasynode terminiert, mußte dann aber wegen des Krankenhausaufenthalts Johannes Pauls II. verschoben werden) die fünfte seit 1979. Die letzte Kardinalsversammlung hatte im Frühjahr 1991 stattgefunden; damals ging es um die Bedrohungen und den Schutz des Lebens einerseits sowie die Herausforderungen durch neue religiöse Bewegungen und Sekten andererseits (vgl. HK, Mai 1991, 205ff.).

An inhaltlicher Substanz konnte sich

das neue Treffen der Kardinäle mit seinem Vorgänger von 1991 nicht messen. Die Frage, warum man die Vorschläge für die Gestaltung des Jubiläumsjahres 2000 nicht auch schriftlich hätte einholen können, stand im Raum. Aber zumindest in ersten Umrissen ist nach dem Treffen im Vatikan erkennbar, wo die Schwerpunkte der Feiern zur Jahrtausendwende liegen werden. Mit Einzelheiten soll sich eine Vorbereitungskommission befassen. Die Kardinäle sprachen sich für ein christologisches Motto bzw. Thema des Jubiläumsjahres 2000 aus; so wurde von mehreren Sprachgruppen bei dem Treffen eine Stelle aus dem Hebräerbrief (13,8) vorgeschlagen: „Jesus Christus ist derselbe, gestern, heute und in Ewigkeit.“ Im übrigen soll dem „Heiligen Jahr“ 2000 ein „Marianisches Jahr“ 1999 vorausgehen.

Johannes Paul II. nannte in seiner Ansprache zu Beginn der Versammlung als Hauptaufgabe für das Jahr 2000, „Wege zu einer gegenseitigen Übereinkunft zwischen dem katholischen Westen und dem orthodoxen Osten zu finden.“ Das nimmt nicht wunder: Schließlich hat für den Papst die Wiederherstellung der vollen Gemeinschaft mit der Orthodoxie höchste ökumenische Priorität; seine Rede von den „beiden Lungen“ (Ost und West), mit denen die Kirche atmen müsse, ist fast schon sprichwörtlich. Ob die Hoffnung auf eine Wiederherstellung der Einheit zwischen Ost- und Westkirche zur Jahrtausendwende in Erfüllung geht, ist allerdings beim jetzigen Stand der Dinge eher fraglich. Immerhin würde das eine Einigung zwischen Katholiken und Orthodoxen in der Primatsfrage voraussetzen.

Es wird sich beim „Heiligen Jahr 2000“ primär um eine katholische Veranstaltung handeln; das wurde auch bei der Kardinalsversammlung deutlich. Allerdings sollen die *anderen christlichen Kirchen* einbezogen werden, und der Blick richtete sich darüber hinaus auf das *Judentum* und den *Islam* als die anderen abrahamitischen Religionen. Ob sich entsprechende Vorschläge etwa für ein Treffen von Vertretern der ver-